

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabe: Durch unsere Boten
ins Haus monatlich 25.00 Mark.
Abgaben nehmen die Anzeiger
für Kundliche die Postanstalten
an. — Erscheint wöchentlich.
Anschluß Nr. 53.
— Grammer: Tageblatt Erzgebirge.

Anzeigenpreise: Die Anzeigerpreise:
Partielle für Anzeigen aus Nord und
Umgebung 4.00 Mark, auswärtige
Anzeigen 5.00 Mark, Reklame-Poster
jede 13.00 Mark. Bei größeren An-
zeigen auf Wunsch Rabatt.
Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1404

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgericht's Aue.

Nr. 172

Mittwoch, den 26. Juli 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

In dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich ist noch keine Lösung gefunden; im bayerischen Landtage erhielt die Regierung gestern ein Vertrauensvotum.

Die englische Presse übt scharfe Kritik an Poincares Politik. Sunday Times schreibt, Frankreich sei in der Reparationsfrage nicht vollständig ehrenhaft.

Frankreich bleibt nach Pariser Meldungen in der Besatzungsfrage unaufgänglich und soll entschlossen sein, die Besetzung allein durchzuführen, falls sich die Verbündeten zurückziehen.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorübergehend auf 509.

England und Frankreich.

Die Gegensätze zwischen Frankreich und England treten gegenwärtig in der Frage des Reparationsvotums für Deutschland wieder einmal zutage. England, aber auch die Vereinigten Staaten und Italien, und nicht weniger die neutralen Länder, sind durch unseren unrichtigen Versuch der Erfüllung überzeugt worden, daß die Erfüllung unmöglich ist. Frankreich, durch den Krieg verschuldet und finanziell zerstückelt, sieht die einzige Rettung in den Summen, die es aus Deutschland herauspressen kann; das will es nicht bezweifeln, daß der militärische Sieg, der ihm die Vorherrschaft über den europäischen Kontinent brachte seinen wirtschaftlichen Verfall nicht hindert, ihm nicht einmal zur Zurückzahlung seines in Rußland angelegten Kapitals verhilft. Eine im Siegesrausch gewählten Kammer genügen die Früchte des Sieges nicht; der Traum der Rheingrenze ist nicht erfüllt. Deutschland nicht gerettet, das Ruhrrevier nicht unter französischer Kontrolle gebracht worden. Das, Nachdruck, Kredit, Kapital, aber auch Not drängen zu einer Politik, die in ganz Europa als Störung des Friedens und als Hindernis des Wiederaufbaues empfunden wird.

In England verkennt man die Schwierigkeiten der Lage Frankreichs nicht. Aber man fragt sich, warum Frankreich selbst eine Missernte unterhält und ungeheure Millionen an Polen und vielleicht noch an andere Staaten zahlt, damit auch sie große Heere unterhalten können. Und wenn Poincare in London die Bilder der verwüsteten Provinzen vorführt, so erinnert man sich, daß die Leidtragenden die Anerbietungen der Deutschen Gewerkschaften, wieder aufzubauen, mit Freuden begrüßt haben, daß aber die französische Regierung den Plan vereitelt hat, so daß also nicht Deutschland, sondern Frankreich selbst daran schuld ist, wenn Städte und Dörfer immer noch Ruinen sind. Man ist sich auch in England nicht im unklaren, daß die Milliarden, die Deutschland zahlt, nicht der Wiederherstellung dienen, sondern durch die zwecklose Besetzung der Rheinlande verschlungen werden, hinter der man die französische Politik merkt, das letzte Geheimnis von Deutschland abzutrennen. Ja, es gibt schon Kreise in England, die sich erinnern, daß nach den Waffenstillstandsbedingungen Deutschland nur zum Ersatz der eigentlichen Kriegsschäden verpflichtet ist, und daß es eine Verletzung dieses Vorfriedensvertrages bedeutet, wenn Deutschland auch für die Pensionen der feindlichen Kriegsgespieler aufkommen soll. Einzig ist man in England darüber, daß die ungeheuerlich überhöhten französischen Forderungen nicht nur die Gesundheit Deutschlands, sondern auch die eigene und den Wiederaufbau der Welt unmöglich machen. In Frankreich wiederum wirft man England vor, daß es sich den Löwenanteil an der Siegesbeute durch den Erwerb von Kolonien und die Förderung der deutschen Krieges- und Handelsflotte gesichert habe und legt den Vertrap von Versailles allein auf Kosten Frankreichs aus eigenmächtigen Gründen revidieren wollte.

Die Beziehungen zwischen England und Frankreich werden weiterhin dadurch immer gespannter, daß Frankreich weit politisch eine Gefahr für England geworden ist. Im Frieden von Versailles ist England von seinem politischen Grundprinzip des europäischen Gleichgewichts, das ihm die Wage in die Hand legte, abgewichen; Frankreich mit seinen Vasallenstaaten beherrscht heute den europäischen Kontinent und kann von dieser gesicherten Feste aus England im nahen und fernem Osten Schwierigkeiten bereiten, und bereitet sie ihm bereits. Wie ein englischer Politiker nicht unrichtig gesagt hat, besteht zwischen England und Frankreich seit dem ersten der Griechen, letzteres den Türken Kriegesmaterial geliefert hat, der Kriegszustand, nur, daß der Krieg durch Beauftragte geführt wird. Aber noch mehr:

England fühlt sich auf seiner Insel nicht mehr sicher. Das englische Weltblatt Punch brachte kürzlich ein Zwiesgespräch zwischen ihm selbst und Britannia. Britannia mit ihrem Dreijack steht über das Meer und fragt: Was ägen die wilden Vögel? Punch antwortet: Nun, gnädige Frau, wenn Sie mich fragen: Sie sagen, wenn Sie sie weiter beherrschen wollen, müssen Sie auch die Luft beherrschen. Genau, wie man nach dem Bau der deutschen Flotte sich in England vor der deutschen Invasion fürchtete, fürchtet man sich jetzt vor der französischen Luftflotte. Ob die leidenden Staatsmänner die Angst teilen, kann dahingestellt bleiben, aber der Mann auf der Straße ist aufgeschreckt.

Seit dem Burenkrieg, so schreibt der sehr französischenfreundliche Robert Cecil in den Foreign Affairs, war die Stimmung in Frankreich nicht so bitter gegen England wie jetzt. Die Zeitblätter, die besten Zeiger der öffentlichen Meinung, sind mit Karikaturen gegen England gefüllt, stellen England und Deutschland in gemeinsamer Feindschaft gegen Frankreich dar. Wenn auch nicht so offenkundig, ist das antifranciaische Gefühl in England ebenso stark und wird täglich stärker. — Und die Zeitschrift setzt an einer anderen Stelle hinzu, daß man zehn Jahre gebraucht habe, um in England eine anti-französische Atmosphäre zu erzeugen. Man würde nur ein Jahr brauchen, um das Gleiche gegen Frankreich zu schaffen. Wie England und Frankreich ihre Beziehungen zueinander regeln wollen, ist zunächst ihre eigene Angelegenheit. Wir haben in Deutschland kein Interesse an einem Bruch, weil nach ihm die Politik Poincares Organe auf Kosten Deutschlands feiern würde. Eine Verringerung der französischen Politik kann aber erst frühestens im Mai 1924, dem Zeitpunkt der Neuwahlen der Kammer, erwartet werden. Ein Regierungswechsel in England, der Grey und Asquith vorausichtlich wieder ans Ruder brächte, würde für uns bedeuten, daß wir vom Regen in die Traufe kämen. Grey und Asquith würden ihre alte ententefreundliche Politik fortsetzen, eine Politik, die jetzt enges Einvernehmen mit dem nationalen Bloß in Frankreich bedeuten würde. Bewiß hat Lloyd George den französischen Wünschen immer wieder weit nachgegeben, oder richtiger gesagt, er mußte ihnen weit nachgeben, weil Frankreich die östlichen Erträge in der Hand hat. Aber was Lloyd George immer zögernd und widerwillig tat, das würden Grey und Asquith ohne Widerspruch tun. Diese Verhältnisse muß man sich klar machen, wenn man die englisch-französischen Gegensätze versteht und die aus ihnen folgenden Verhandlungen über die Politik beider Länder gegenüber Deutschland richtig beurteilen will. Die Reise Poincares nach London, die für den 1. August in Aussicht genommen ist, wird neue Gelegenheiten dazu geben.

Die bayerische Katastrophopolitik.

Die Hoffnung, daß sich Bayern noch eines Besseren besinnen und einsehen werde, daß sein Vorgehen eine Bedrohung der Reichseinheit und zugleich eine Bedrohung der bayerischen Einheit unweigerlich mit sich bringen müsse, hat getrogen: die bayerische Regierung hat die angeforderte eigene Verordnung erlassen, die das Reichsgesetz zum Schutz der Republik teils aufhebt, teils sabotiert. So wenig wie das Reichskabinett, das sich in diesen Tagen dauernd mit dieser Kreise beschäftigt, ist die gesamte Berliner Presse sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, auch nur eines Augenblicks im Zweifel, daß die Verordnung der bayerischen Regierung rechtsungültig ist und im Widerspruch mit der Reichsverfassung steht. In der Tat muß diese (gestern im Doppelheft des Auer Tageblatts veröffentlichte) Verordnung geradezu grotesk an sich sein. Sie ist erlassen, weil angeblich der Reichsgesetz die Grundrechte der Staatsbürger und die Grundzüge der Demokratie verleihe, übernimmt aber aus dem Reichsgesetz alle seine materiellen Bestimmungen. Außerdem trennt sie Bayern in zwei Teile: in das rechtsrheinische Gebiet, in dem die bayerische Notverordnung, in das linksrheinische Gebiet, in dem das Reichsgesetz gelten soll. Das ist doch schließlich ein unmöglicher Zustand. Aber auch im rechtsrheinischen Bayern löst die Regierung schon auf rechtlichen Widerstand, wie das Telegramm der 21 nordbayerischen Bürgermeister an den Grafen v. Helldorf beweist. Besten Endes ist es so, daß Nordbayer gegen München und Südbayern steht. Der Konflikt trägt seine Wurzeln auch schon in die Reihen der politischen Parteien hinein: die Deutsche Volkspartei in Bayern steht gegen die Reichspartei. Nur die Demokraten — das beweist auch der Rücktritt des Ministers Hamm — und die Sozialdemokraten treten offen für die Rechte des Reiches ein. Wenn in diesem unerhörten Konflikt nicht eine verschönernde Lösung gefunden wird, kann nicht der Wille der Herren Poincare und Kon-

forten und der Fall Dard-Verpflichtung bekommt ein unverwundenes böses Nachspiel.

Die Auffassung der Reichsregierung.

Das Reichskabinett hat gestern noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, will sich die Reichsregierung nicht mit einer bloßen Antwort an München begnügen, sondern ein ausführliches juristisches Gutachten anfertigen lassen, das darüber befinden soll, ob die bayerische Regierung mit ihrer Eigenmächtigkeit sich im Rechte befindet oder nicht. Der vorherrschende Eindruck im Kabinett sei der, daß die bayerische Regierung mit ihrem selbständigen Vorgehen und ihrer Nichtbeachtung der Entscheidung der Reichsregierung eine gegen die Verfassung verstoßende Handlung begangen habe. Auf der Sitzung hat auch Reichsjustizminister Madbruch teilgenommen, der telegraphisch vom Urlaub zurückgerufen wurde. Auch der Reichsminister des Innern Köster, der gleichfalls auf Urlaub ist, ist zurückgerufen worden. Was getan werden soll, ist, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, noch nicht zu sagen. Es wird erwartet, daß das Kabinett den Reichspräsidenten um Aufhebung der bayerischen Verordnung ersucht. Es ist aber auch möglich, daß die Entscheidung in die Hände des Reichstags gelegt wird. Jedenfalls steht man auf dem Standpunkt, daß die Rechtsgültigkeit des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik zweifellos sei.

Gewerkschaftliche Machtmittel gegen Bayern.

Die Gewerkschaften sind Dienstag früh der Einladung von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zu Besprechungen in Berlin über die durch das bayerische Vorgehen für die deutsche Arbeiterchaft gebotene Lage. Wegen mittag wurde die Fortsetzung der Besprechungen auf Mittwoch vertagt, um den Beschlüssen der bayerischen Gewerkschaften nicht vorzugreifen. Es zeigte sich jedoch große Neigung, ein aktives Vorgehen der Reichsregierung gegen Bayern durch alle Machtmittel des gewerkschaftlichen Kampfes zu unterstützen.

Der alte Bergarbeiterverband forderte die Betriebsräte auf, die für Bayern bestimmten Aehleender frachtungen nach dem Stande vom 24. Juli festzustellen. Weitere Beschlüsse behält sich der Bergarbeiterverband vor.

Aus dem bayerischen Berglande wird gemeldet, daß die norddeutschen Gäste in großer Ueberfüllung abreisen. Auch aus Bad Reichenhall und Berchtesgaden hat eine große Flucht der norddeutschen Badegäste und Touristen eingesetzt.

Die drohenden Folgen des Marksturzes.

Im Zusammenhang mit dem Beschluß Poincares nach London zu reisen, schreibt das englische Blatt Observer u. a.: Es ist Tatsache, daß die Mark in Verfall geht, endgültig in die Tiefe zu gleiten, und daß sie sich nicht ohne Gefahr für den Weltfrieden erholen wird. Poincares Reise enthält keinerlei Verständnis für den Ernst der Krise, der Europa gegenübersteht. Ein Watorium ist jetzt ein notwendiger Schritt, darüber ist kaum zu zweifeln. Es ist bekannt, daß die britische Regierung bereit ist, die

Annullierung ihrer Forderungen an Frankreich

gegen Annullierungen von deutschen Schulden an Frankreich zu erörtern. Wir sind aber nicht der Meinung, daß diese beiden Maßnahmen gleichen Wert besitzen. Die Deutschland auferlegten Zahlungen gehen nach der allgemeinen Auffassung der europäischen und der amerikanischen Finanzleute über seine Zahlungskraft hinaus. Sie sind außerdem unter militärischem Druck diktiert worden. Das französische Schuld ist eine freie Verpflichtung von ganz anderem Charakter. Deutschland könnte erklären, daß es nicht imstande ist, mehr zu zahlen, als einen gewissen Teil der Entschädigungszahlungen, ohne seinen Kredit zu beeinträchtigen. Wenn Frankreich, wie der Temps frisch und froh vorgeschlägt, seine Schuld ründerweg vorlegen würde, so würde das heißen, daß die französische Regierung nie wieder einen Krieg oder eine ähnliche Katastrophe durch auswärtige Anleihen finanzieren könnte, sicherlich nicht durch eine britische Anleihe. Tatsächlich gibt es niemand in England, der nicht die Annullierung der französischen Schuld wünscht, vorausgesetzt, daß Frankreich bereit ist, als Gegenleistung das zu geben, was man als Bonus der Serie C bezeichnen kann, was aber richtiger die von Frankreich willkürlich oder unwillkürlich den Wechsel-